Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[illegible]hsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund[illegible] Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung[illegible]

7. Jahrgang — Dresden, Freitag den 27. März 1931 — Nummer 50

In deiner Zelle muß sofort die Presse-Werbung besprochen werden!

Schieck-Regierung verhängt: Kleinen

Belagerungszustand in Sachsen

Das Gebot der Stunde: Beschlüsse in Betrieben und Stempelstellen! Tausend Massenversammlungen!

Reichstag ein halbes Jahr nach Hause geschickt!

Nachdem die Schieck-Diktatur durch die SPD-Führer ihren Landtag gerettet hat und ihn bis nach Ostern vertagen konnte, holt sie zu einem offenen Schlag gegen die sächsische Arbeiterbewegung aus. Sie verhängt zunächst (!) bis 7. April, also über die Osterfeiertage, den kleinen Belagerungszustand über ganz Sachsen. Damit sind alle Versammlungen, Umzüge und sonstige demonstrative Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten.

Am selben Tage hat das Brüning-Kabinett nach Annahme des Zollermächtigungsgesetzes und aller anderen arbeiterfeindlichen Gesetzentwürfe und Etatkapitel den Reichstag mit Hilfe der Sozialdemokratie bis zum 13. Oktober ausgeschaltet und nach Hause geschickt. Ausschaltung der Parlamente und andauernde Demonstrationsverbote kennzeichnen die neue Etappe des faschistischen Kurses in Deutschland!

Die Arbeiterschaft muß in den Betrieben und auf den Stempelstellen antworten durch sofortige Proteste an die Regierung!

In tausenden Versammlungen muß in den nächsten Wochen Abrechnung gehalten werden mit der Diktaturpolitik der Brüning und Schieck, mit den Nazis und den verräterischen SPD-Führern, mit Mordfaschismus und Panzerkreuzersozialismus!

Die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft muß sich der zweiten Welle des Lohn- und Gehaltsraubs entgegenwerfen durch aktive Mitarbeit an der Erfüllung des Sturmplanes der Revolutionären Gewerkschaftsopposition und sie zur beherrschenden gewerkschaftlichen Massenorganisation der Arbeiterklasse machen!

Heute bereits erhebt die Dresdner Arbeiterschaft ihre Stimme zum Protest in den beiden großen Märzkundgebungen der KPD 20 Uhr in den Blumensälen, Blumenstraße, und im Keglerheim, Friedrichstraße! Werktätige Dresdens, beteiligt euch in Massen! Antwortet der faschistischen Diktatur der Bourgeoisie durch Massenprotest!

Die letzten Stunden des Reichstages

Berlin, 27. März. (Eigener Bericht.)

Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Reichstagssitzung stand die dritte Beratung des Osthilfegesetzes, durch das nach den bekannten Erklärungen des Finanzministers Treviranus die Mittelstände ausgeraubt werden soll. Dann sprach Genosse Hörnle, der dem ganzen Sinn des Osthilfegesetzes am besten durch die Tatsache dokumentiert sieht, daß zur gleichen Stunde, wo das Gesetz hier verabschiedet wird, der Schlächter der Brüning-Regierung, Dr. Wolter, bei den schlesischen Kühern einen Lohnabbau von 6 Prozent diktiert. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Zur dritten Beratung des Zollermächtigungsgesetzes spricht für die kommunistische Fraktion erneut

Genosse Hörnle:

Das vorliegende Gesetz über Zolländerungen gibt der Regierung Brüning und Schiele die Generalermächtigung, sowohl die Lebensmittel, wie die Industriezölle nach ihrem Belieben heraufzuschrauben. Die Folge der Zollwucherpolitik ist, daß gegenwärtig bereits in Deutschland das Brotgetreide 300 Prozent über den Weltmarktpreisen steht, daß der Zucker 3—4mal teurer ist als auf dem Weltmarkt. Durch das Zollermächtigungsgesetz wird eine neue Welle der Preissteigerungen eingeleitet. Jede Zollerhöhung bedeutet angesichts der Massenarbeitslosigkeit eine Verringerung des Absatzmarktes, steigernden Hunger und daher auch Vergrößerung des Elends der Kleinbauern. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das Zollermächtigungsgesetz wird mit 285 gegen 82 Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten angenommen. Die Sozialdemokraten stimmten geschlossen für das Gesetz.

Bei der Abstimmung über das Osthilfeprogramm wird in namentlicher Abstimmung der kommunistische Antrag auf Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung während der ganzen Zeit der Arbeitslosigkeit an die Arbeitslosen in den Ostgebieten mit 306 Stimmen gegen 63 Stimmen der Kommunisten abgelehnt und auch die anderen kommunistischen Anträge, die verlangen, daß die für die Osthilfe eingesetzten Mittel für die Kleinbauern und die Landarbeiter verwandt werden, niedergestimmt. Das Gesetz wurde in der Schlußabstimmung in Einheitsfront von Sozialdemokraten bis zu den gegnerischen Junkern angenommen.

Neuer Immunitätsraub

Der nächste Tagesordnungspunkt belegte sich mit einer Anzahl Anträge auf Aufhebung der Immunität kommunistischer Abgeordneter.

Genosse Geschke, der hierzu für die kommunistische Fraktion sprach, charakterisierte die neuesten Verfahren gegen kommunistische Abgeordnete. So wird verlangt, daß beim Genossen Heuck die Immunität aufgehoben wird, weil er einen 10-Pfennig-Polizeiverein über die dänische Grenze zur Abhaltung einer Versammlung auf falschen Namen benutzt habe. Die Aufhebung der Immunität des Genossen Schlaffer soll erreicht werden, wegen der Herausgabe eines Briefes an die Leser der Süddeutschen Arbeiterzeitung während des Verbots dieser Zeitung. Darin erblickt man ein Vergehen gegen das Republikschutzgesetz. Fast alle Anträge auf Aufhebung der Immunität werden genehmigt.

Da auch an dieser Debatte keine Fraktion Anteil nimmt, schlägt Löbe vor, unter lautem Einspruch der Kommunisten, den Reichstag bis zum 13. Oktober zu vertagen.

Genosse Torgler erhebt Protest und fordert die Abhaltung der nächsten Sitzung am 14. April.

Die Mehrheit des Reichstages von den Sozialdemokraten bis zu Volksfolkerianern beschließen, die Selbstfahrtsetzung des Parlaments. Herr Brüning hat freie Hand . . .

Alarm!

Dresden, 27. März.

Der Reichstag ist bis Oktober ausgeschaltet. Für ganz Sachsen ist ein Demonstrationsverbot — „zunächst" wie es ausdrücklich heißt, bis 7. April — verhängt. Rosta meldet sich wieder zur Stelle und verbietet das kommunistische Organ für Hannover und Braunschweig. Severing droht mit dem Verbot der Roten Fahne. Die herrschende Kapitalistenklasse geht an die verschärfte Durchführung der faschistischen Diktatur.

Noch wie vor beläuft sich die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland auf 5 Millionen, unter ihnen aber ist die Zahl der Krisenempfänger von 908 000 auf 949 000 gestiegen. In Sachsen gibt es, nahezu unverändert, fast 600 000 Erwerbslose. Gegen die Betriebsarbeiter setzen die Unternehmer den Lohnraub fort. Um 16 Prozent wollen sie die Löhne der Bauarbeiter senken, um 6 Prozent die der Eisenbahner und Metallarbeiter. Die anderen Arbeitergruppen sollen folgen. Vorgestern fand die 46. Jahrestagung der sächsischen Textilindustriellen statt und in dieser Jubiläumskonferenz der Scharfmacher beschäftigte sich der Hauptreferent, das geschäftsführende Vorstandsmitglied Bellmann sehr ausführlich mit der Lohnfrage", trat für Ueberstundenschieberei ein und proklamierte die „Senkung der absoluten Höhe der Steuern, insonderheit der beschließlichen, des weiteren ein Abbau der öffentlichen Ausgaben, ein Ablassen von der unerträglichen Einengung der Dispositionsbefugnisse der Unternehmer, wie auch eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung" (!). Und heute kommt zum Ueberfluß die Meldung, daß die Verschlechterung des Brotes durch 70 Prozent statt 60 Prozent Auszmahlung, d. h. die indirekte Verteuerung morgen vom Reichsrat bestätigt und in drei Wochen Gesetz wird. Das letzte Stück des trockenen täglichen Brotes wird der werktätigen Bevölkerung beschnitten.

Es ist ganz klar, daß die Arbeiterschaft und die nicht wenigen Mittelständler und ländlichen Mittelschichten sich mit der Ausplünderung nicht abfinden, nicht können und nicht wollen, daß sie zur Gegenwehr, zur Gegenoffensive schreiten. Die revolutionäre Flut der hungernden Massen schwillt an.

Die Kapitalistenklasse zittert vor ihr. Sie pfeift auf die „Demokratie". Sie legt den „demokratischen" Schleier ihrer Herrschaft ab. Sie greift zur Ultima ratio, zu den letzten Mitteln, zur nackten Gewalt. Sie verstärkt die Durchführung der

Kampfbeschlüsse der Eisenbahner!

Siege der roten Einheitslisten in Freital und Riesa

Dresden, den 27. März.

Die Empörung der Eisenbahner über den Lohnraub und die Unzulänglichkeit der Reformisten kommt in zahlreichen Betriebsversammlungen zum Ausdruck. In der Bahnmeisterei Dresden I wurde in einer stark besuchten Belegschaftsversammlung beschlossen, den Kampf unter Führung der RGO aufzunehmen. Ein vorbereitender Kampfausschuß, der vorläufig aus 5 Eisenbahnern zusammengesetzt ist, wurde gewählt.

In Freital fand ebenfalls eine große Eisenbahnerversammlung statt, die gleichfalls dem Kampfwillen gegen den Lohnraub einmütig zum Ausdruck brachte. In den nächsten Tagen soll auch dort eine Kampfleitung gewählt werden.

•

Bei 816 Wahlberechtigten und einer Stimmbeteiligung von 548 Kollegen erhielt die rote Einheitsliste bei Siemens, Freital, 214 Stimmen, 4 Sitze im Betriebsrat, die reformistische Liste 126 Stimmen, 5 Sitze. Erstmalig wurde hier eine rote Einheitsliste aufgestellt. Der gute Erfolg für die RGO muß für die Genossen ein Ansporn sein, stärker als bisher die RGO in der Belegschaft zu verankern.

Riesa, den 27. März.

Bei der Betriebsratswahl in den Mitteldeutschen Stahlwerken erzielte die RGO, die das erstmal eine rote Liste aufstellte, einen gewaltigen Erfolg. Von 1166 Wahlberechtigten gingen 967 zur Wahl. Es erhielten:

RGO 465 Stimmen und 4 Sitze
SPD 497 Stimmen und 5 Sitze.

•

In Forst (Lausitz) ist ein Streik der Tuchweber gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch über einen Lohnabbau von 6 Prozent ausgebrochen. Die Unternehmer fordern außerdem eine Herabsetzung der Akkordsätze von 7—25 Prozent. Die Akkordarbeiter, etwa 800 Mann, sind in den Streik getreten.

Heute März- und Protestkundgebungen

In den Blumensälen, Blumenstraße und im Keglerheim, Friedrichstraße
Beginn 20 Uhr / Es sprechen die Abgeordneten Selbmann und Renner